

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 05.06.2007	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat II Amt: Hauptamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Dezernat I ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler: I 101 II Stvv 110 20	Tagesordnung: ☒ I ☐ II	Vorlage-Nr. 2007/0314 Magistratsbeschluss-Nr. 382

Betreff: **Personalkostenentwicklung**
 Vierteljahresbericht an das Regierungspräsidium Darmstadt

Vorlage vom: 29.05.2007

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Personaldezernenten an das Regierungspräsidium Darmstadt zur Personalkostenentwicklung (I. Quartal 2007).
2. Die Vorlage ist der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zuzuleiten.

Anlagen: Stellenpool Stand 15.03.2007
 Stellenentwicklung Stand März 2007
 Vierteljahresbericht Regierungspräsidium 1. Quartal 2007

Beschluss des Magistrats vom 13.06.2007

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Begründungsseite zur Magistratsvorlage vom 29. Mai 2007:

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat mit Verfügung vom 27. März 2007 die **Genehmigung** für die genehmigungspflichtigen Teile der zweiten Nachtragssatzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt für das Haushaltsjahr 2006 **unter Auflagen** erteilt.

Das Regierungspräsidium Darmstadt sieht insbesondere im Bereich der Personalbewirtschaftung erhebliche Einsparmöglichkeiten. Daher behält sich die Aufsichtsbehörde für diesen Bereich bei unveränderten Rahmenbedingungen ab dem Haushaltsjahr 2007 weitere einschränkende Auflagen im Haushaltsgenehmigungsverfahren vor. In diesem Zusammenhang wurde gefordert, die dem städtischen Personal ggf. gewährten über- und außertariflichen Leistungen sowie geldwerten Vergünstigungen im Hinblick auf einen unverzüglichen Abbau zu überprüfen. Mit der Vorlage der Haushaltssatzung 2007 erwartet das Regierungspräsidium Darmstadt einen Bericht der zum Umfang dieser Leistungen bzw. Vergünstigungen und zum Stand ihrer diesbezüglichen Konsolidierungsbemühungen Stellung nimmt. Daneben ist auch darzulegen, in welchen Umfang im Beamtenbereich Beförderungen in den letzten 60 Monaten durch die Stadt vorgenommen wurden. Dabei ist die jeweilige Verweildauer in der vorherigen Besoldungsgruppe und die Auswirkung der internen Stellenbesetzungssperre mit anzugeben.

Die Anforderung der vorstehenden Berichte wurde dem Hauptamt-Personalabteilung mit Schreiben der Kämmerei vom 3. April 2007 mitgeteilt. Das Hauptamt-Personalabteilung hat unter dem 7. Mai 2007 einen Antwortentwurf zu der angesprochenen Thematik der Kämmerei übersandt, damit diese - wie gewünscht - den zu erarbeitenden zusammenfassenden Bericht an das Regierungspräsidium Darmstadt vorlegen kann.

Die Stellenwiederbesetzungssperre bleibt unverändert mit 12 Monaten bestehen.

Das Hauptamt-Personalabteilung berichtet weiterhin vierteljährlich über die Auswirkungen der Sperre und der damit verbundenen Einsparpotentiale. Dieser Bericht wird dem Regierungspräsidium zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Darmstadt, 29. Mai 2007

I / II / 110

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Anlagen